

Berliner Tageblatt

532 • Ausgabe B Nr. 264
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 532

und Handels-Zeitung

Verlagsredaktion Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Frankreich gegen Beschränkung seines Heeres.

Die nächste Vollversammlung in Washington.

Die bevorstehende Rede Briands.

(Privat-Telentelegramm des
Berliner Tageblatt.)

Washington, 18. November. Die Führer der einzelnen Delegationen haben beschlossen, die nächste Vollversammlung in der kommenden Woche in Washington zu halten. Die französische Ministerpräsident Briand wird voraussichtlich schon am 26. November in Washington eintreffen. Die Frage der Landabräufung als Gegenstand der Beratungen auf die Tagesordnung der kommenden Vollversammlung gesetzt werden. Schon jetzt als feststehend betrachtet werden, daß Briand sich in einer öffentlichen Rede gegen eine Beschränkung der Stärke der französischen Armee aussprechen wird. Er wird dabei betonen, daß nur eine starke französische Armee die Gewähr der Aufrechterhaltung des Friedens in Europa bieten kann. In den kommenden Verhandlungen wird man zunächst die chemischen Waffen erörtern und dann auf die anderen Kategorien eingehen. In politischen Kreisen gibt man sich dem Gedanken hin, daß die Beschränkungsentscheidungen in dem nächsten Jahr in Washington zu treffen sind. Die Vorschläge in dem Kommando-Stabschef der amerikanischen Armee, Major General Wood, von dem auf 400 Millionen Dollar bezifferten Etat für die nächsten Jahre die Hälfte Frankreich zu kommen. Auch für die Kriegsmarine sind die Pläne für 1916 vorliegend. In 90 Millionen Dollar geschätzt werden. Das Budget des Reiches, Berlin, konnte bei der Einreichung der Marineverträge darauf hinweisen, daß man möglichst den Mannschafteinsatz der Marine in Zukunft von 105 000 auf 90 000 Mann herabzusetzen in der Lage sein werde.

Washington, 18. November.

Der Washingtoner Korrespondent des „New York Herald Tribune“ meldet, die Lage dort sei beinahe friedlich. Ein Anlauf zur Auflösung der Verhandlungen über das Versuchsprogramm sei immer noch vorhanden. Sowie irgend jemand eine Meinung äußert, wird dieser durch den anderen sofort widerlegt.

Der französische Finanzminister über die deutschen Zahlungen.

„Wenn Deutschland will, kann es zahlen.“

(Telegramm unseres Korrespondenten)
Paris, 18. November. Der Finanzminister Doumer hat gestern nachmittag den den von Kamerun zu gewinnen gewohnt, indem er vor einem überaus bestimmten warnte und erklärte, daß, seiner Ansicht nach, keine Maßregeln, wie Zwangsanleihen oder eine Erhöhung des Zinsfußes, nicht notwendig seien. Die Worte klingen dem französischen Reich gegenüber, der eine Verpflichtung als einen Eingriff in seine Souveränität betrachtet. Der Herr Doumer erklärt also vorläufig seinen Bescheid. In zahlreichen Artikeln von Voltairin oder Barthelemy die Frage der französischen Zahlungen seit Monaten nach.

Die Zahlungen Deutschlands sagte Doumer: Deutschland will, kann es zahlen. Die Zahlungen gestaltet, weil die Regierung im ganzen verhalten möchte. Trotz der Entwertung der Mark gibt es Deutschland reichlich genug, um für die Bezahlung der Reparationen auszukommen. Wir lernen die Verhalte, die gemacht zu, um den Reichum über die Grenzen zu bringen und lassen auf. Ich denke, daß die Deutschen sich antwortlich machen überlegen werden. Sie müssen darüber klar sein, daß der Bankrott des Reiches auch der Bankrott der Welt sein würde. (1) Wenn Deutschland seine Zahlungen einstellen sollte, fällt der Staat auseinander. (2) Wenn die Mächte der Reparationskommission mit dem Reichum in der „Action Française“, die in London auf einen Schattens, wenn wir glauben, daß Deutschland durch außerordentliche Mittel zum Zahlen gezwungen werden wird. Deutschland fürchtet solche Maßnahmen, weil es immer mehr erkennt, daß die Welt nicht ohne ihn auskommen kann. Jetzt kommt die Reparationskommission zu dem Reichum. Das Reichum hat, obgleich es sich nicht zu geben verweigert, die Folge wird sein, daß die Zahlungen sich vermindern. Nach dem Verhältnis der Dollar, das Hund Sterling und der Gulden steigen, um die deutschen Verkäufer an fremde Käufer Redaktionen, um ein Verständnis, das dem Handel Deutschlands Nutzen zu nicht der Rolle der Reparationskommission.“

Der Herr Doumer in Paris sagt, geben sich gegenseitig Herr Dubois und die anderen französischen Mitglieder der Reparationskommission in ihren Beratungen zu verstehen. Wie gewöhnlich, gefallt sich die meisten in der schärfsten Tonart, und wie gewöhnlich werden die Vertreter der anderen alliierten Mächte sich dem stärkeren Willen des heute ausfolgenden und werden Frankreich. Die Hinweise des Herrn Doumer über die deutschen Zahlungen, die außer Landes sein, können die größten Hindernisse zugute kommen, die durch ihre

er ihm sofort wieder zurück, als ob er sich verbrannt hätte. Daher habe man noch immer seinen Anfang mit der Unterstützung der chinesischen Vorschläge gemacht. Niemand habe den Mut, weil die Konferenz dann sofort schon bei den vollen Bedingungen China Schiffbruch leiden könnte. Die Japaner zeigen sich in Intervallen den chinesischen Bedingungen nicht ganz ungeneigt und gar abgeneigt, dies allerdings wohl nur aus launigen Gründen; sie sprechen bemerkenswert viel und sollen sehr nervös sein. In Konferenzkreisen erwartet man eine Überwindung von japanischer Seite, nicht nur angesichts der Vorschläge, die den Besitz der Inseln, sondern auch in launiger Richtung. Man fürchtet die Möglichkeit, daß Japan vorzuziehen könnte, das Südpazifik öffentlich zu beherrschen, was Amerika unmöglich verweigern könnte. Das wäre für Japan von großem Vorteil sein, weil die Japaner im Stillen einen „west-asiatischen“ Plan und die Anglizität Amerikas dann viel eher eine Hemmung erfahren würden.

Paris, 18. November.

Der Korrespondent des „New York Herald Tribune“ teilt weiter unter Vorbehalt mit, man habe sich dahin geeinigt, daß nicht alle Südpazifikprobleme auf der jetzigen Konferenz gelöst werden könnten. Daher habe man beschlossen, allgemeine Richtlinien festzusetzen, um denen eine Kommission von Vertretern der interessierten Mächte zu bilden mit dem Auftrag, die Angelegenheit gründlich zu studieren. Der chinesische Vorschlag, den man aber nicht gelöst findet, soll zu dieser Überleitungsmission mitgeteilt werden. Auf einer im nächsten Jahre abzuhaltenden Konferenz würde man dann zu einer dauernden Überleitungsmission kommen.

Paris, 18. November. (E. G.)

Berlin telegraphiert dem „New York Herald Tribune“ aus Washington, daß die Haltung der französischen Abordnung in den Verhandlungen lebhaft kritisiert werde. Es sei bemerkenswert, daß Briand bisher keinen Besuch abstattete. Frankreich habe sich nicht darauf beschränkt, sondern werde, sich auf eingehende Erklärungen einzulassen, bei denen Frankreich gefährliche Überwindungen nicht erproben ließen können. Allerdings wünsche man auf englischer wie auf amerikanischer Seite den französischen Ministerpräsidenten zu sehen.

(Siehe auch Seite 2)

Die Konferenz.

Die Ohnmacht des Völkerbundes. — Die Abzweiflung gegen Europa.

Von unserem Korrespondenten

Dr. Friedrich Casar.

Washington, Anfang November.

In New-York und San Francisco sind jetzt die verschiedenen Delegationen zu der Konferenz zur Beschränkung der Rüstungen und der Bekämpfung der Probleme des fernen Ostens und im pazifischen Ozean, wie die offizielle Bezeichnung der Washingtoner Konferenz lautet, eingetroffen. Am 21. im Frühjahr 1917, so hat sich jetzt im Herbst 1921 Washington ein weiteres Mal den Führern der gegen Mitteleuropa verhängten Fäden geschnitten und die mehr oder weniger herrschenden Führer, Admiral Beatty und Marshall Foch und die Generale Diaz und Pershing, werden in den großen Städten in festlichen Empfängen gefeiert. Die Augen der Welt richten sich auf den Regierungssitz der Vereinigten Staaten. Nach den Enttäuschungen von Paris, San Remo, London, Spaas und Genf scheitern Europa und Asien ihre Hoffnungen auf die Neue Welt zu legen in der Erwartung, daß in Washington die Formel gefunden werden möge, die sowohl die Kriegswunden in Europa beilegen, als auch neuen Kriegsgelahrten im fernen Osten vorbeugen werde.

Erwartungen solcher Art werden auch in den zahlreichen Artikelzeilen ausgeprochen, die jetzt in der amerikanischen Presse erscheinen, und die die öffentliche Meinung auf die Aufgaben der Konferenz und die Wege einer möglichen Lösung vorbereiten sollen. Zu den bemerkenswerten Meinungsäußerungen dieser Art gehören unter anderem die Ausführungen von Dr. David J. Davis, der bekanntlich auch unter den Verantwortlichen erachtet wird, die für den amerikanischen Botschafterposten in Berlin in Frage kommen. Dr. Hill erörtert zunächst die Frage, warum die Probleme, welche vor der kommenden Konferenz verhandelt werden sollen, nicht ebensolange dem Völkerbund hätten vorgelegt werden können. Die Antwort auf diese Frage findet Dr. Hill in der Tatsache, daß die Vereinigten Staaten nicht Mitglied des Völkerbundes seien, noch die Absicht hätten, Mitglied zu werden. Zweitens aber habe der Völkerbund seine Rettung gezeigt, die Ursachen der anstehenden nicht notwendigen, aber sehr dringenden Flottenrüstungen der Großmächte zu beilegen. Auch zeige die bisherige Entscheidung des Völkerbundes, daß er nicht die Fähigkeit besitze, ein solches Problem zu lösen. Wenn das Problem des Völkerbundes dem Umstand zugehörig werde, daß die Vereinigten Staaten ihm nicht angehörten, so bestünde dies nur die in den Vereinigten Staaten von Anfang an gegenüber dem Völkerbundgedanken herrschenden Befürchtungen, daß nämlich Amerika im Völkerbund das leisten solle, was andere Nationen nicht fähig oder nicht willens waren zu vollbringen.

Inzwischen, so meint Dr. Hill, gelangen die früheren Botschafter des Völkerbundes selber zur Einsicht, daß ein von den Siegern im Weltkrieg geschaffener Völkerverein, der durch wirtschaftliche und militärische Zwangsmaßnahmen den Frieden in der Welt festzuhalten sollte, unter den gegenwärtigen Verhältnissen keine wirksame Form einer internationalen Organisation darstelle, selbst wenn ihm eine Mehrheit von Staaten angehöre. Mehr und mehr mache sich daher im Völkerbund die Meinung geltend, sich mit der Regelung einer Reihe möglicher, aber weniger bedeutender Maßnahmen, wie Zolltarif, Steuern und Verkehrsregeln, zu befassen, die von größerer Bedeutung dagegen möglich aus dem Weg zu gehen. Die Schaffung eines internationalen Schiedsgerichtshofes sei allerdings eine Maßnahme von Bedeutung gewesen, aber die eigene Verfassung des Völkerbundes, die man zurzeit bemüht sei, hinwegzuerklären, verleihe diesem Schiedsgericht keine große Autorität. Dies alles zeige von vornherein die Fruchtlosigkeit eines Versuches, das Rüstungsproblem oder die Fragen des fernen Ostens vor dem Völkerbund zur Verhandlung zu bringen; denn Erörterungen von solcher Tragweite würden voraussichtlich ein anderes Ergebnis haben als das der Auflösung des Völkerbundes. Die Fragen, über welche in Washington verhandelt werden solle, ließen sich weder gewöhnlich noch schiedsgerichtlich erledigen. Sie seien Fragen, zu deren Behandlung der Völkerbund nicht die geringste Zuständigkeit besitze, sie seien dagegen von höchster Wichtigkeit für die Weltländer des pazifischen Ozeans von Europa aus gesehen, mögen diese Fragen weniger bedeutend erscheinen, in Washington, Tokio, Lissabon und Sidney dagegen seien sie Probleme allergrößter Wichtigkeit. Europa sei gegenwärtig mit Grenzstreitigkeiten und neuem geborenen nationalistischen Geizig beschäftigt. Der Völkerbund sei nicht imstande gewesen, die Probleme Südamerikas oder Ostasiens zu lösen. Welche Leistungen seien bisher im fernen Osten von ihm zu erwarten, vor dessen breitem Rücken der ganze europäische Kontinent wie eine Insel Platz finden könne?

Diesen Ausführungen Dr. Hills läßt sich jedenfalls die eine Tatsache mit Sicherheit entnehmen, daß er jener Gruppe amerikanischer Staatsmänner zuzurechnen ist, welche die Auffassung vertreten, daß die wirtschaftlichen und dringenden Probleme, denen die Vereinigten Staaten außerhalb ihrer eigenen Grenzen Beachtung schenken sollten, in erster Linie im fernen Osten liegen. Diese Gruppe ist einflussreich, namentlich im Senat, und da wieder vornehmlich unter den Senatoren aus dem Westen, die sich auf dem Standpunkt stellen, daß kein amerikanischer Dollar und kein amerikanischer Soldat mehr für die Streitigkeiten Europas geopfert werden dürfte. Von einigen Senatoren, wie namentlich von Herrn Borah und Herrn La Follette, wird diese

Forderung, man solle ihnen die Reichseisenbahn ausliefern.

Forderung, man solle ihnen die Reichseisenbahn ausliefern, jedoch auch den Schlichterlichen die Augen geöffnet und durch ihre besondere Art von „Spezialwilligkeit“ sich die entscheidende Zurückweisung zugesprochen hatten. Jetzt, wo der französische Finanzminister die Hand nach ihren Gütern ausstreckt, wird er von ihnen angekauften Preise die Möglichkeit geboten, die nationalen Empfindungen für die bedrohten Interessen aufzurufen. Herr Doumer sollte der deutschen Regierung doch aber auch einmal betonen, wie die im Ausland vorhandenen deutschen Vermögen eigentlich ermittelt werden sollen. Die deutsche Regierung ist natürlich gar nicht in der Lage, diese Zurückrechnung zu übernehmen, sondern sie ist in der Lage, die deutschen Auslandsbesitzer zu informieren, um ihr die Kenntnis zu vermitteln. Wenn Herr Doumer sagt, die deutsche Reichseisenbahn würde einen Bankrott Deutschlands kaum überleben, und wenn die französische Deputiertenkammer ihm bei diesen Worten beschimpfende, aber lebhaften Beifall spendet, so vertritt er in der Tat die Interessen der immer der Zahlungsgehalte des französischen Imperiums war. Niemand täuscht sich darüber, daß die Vernichtung Deutschlands, die Zerstörung der deutschen Reichseisenbahn, diesen französischen Imperialisten noch unangenehmere wäre als deutsche Zahlungen, und nachdem sie schon bei den Pariser Friedensverhandlungen vergeblich versucht haben, diesen Gedanken zu vertrittlichen, hoffen sie jetzt, ermutigt durch die Schwäche Englands, zu diesem Ziele zu gelangen. Darum lehnen sie in der Reparationsfrage jede Vermittlung, gerade, der wahren wirtschaftlichen Lage entsprechende Lösung ab. Sie erklären, daß Deutschland zahlen könne, und hoffen, ihre Pläne verwirklichen zu können, wenn es nicht bezahlt.

Nollet befehlt auf der Vernichtung der Deutschen Werte.

(Telegramm unseres Korrespondenten).

Paris, 18. November. Dem „Matin“ wird aus Berlin gemeldet, daß die Kontrollkommission, trotz ihrer Unschicklichkeit, die Umwandlung der „Waffenfabriken“ nicht verzichten könne. Die deutsche Regierung werde eine Frist von fünf Monaten erhalten, um diese Umwandlung zu bewerkstelligen. Die Kommission könne Deutschland nicht die Möglichkeit lassen, die deutsche Bevölkerung zu bewahren. (1) Sie zweifle nicht an der Loyalität der jetzigen Regierung, wisse aber nicht, wie die deutsche Regierung aussehen werde! Die deutschen Nationalisten bemühen sich, die Arbeiter der Deutschen Werte gegen Frankreich aufzuheben, indem sie ihnen sagen, daß auf das Bestehen der internationalen Kommission 45 000 Arbeiter bezogen werden. Diese Zahl sei schon bei der Ansicht der Kommission falsch. (2) Es brauchten nicht mehr als 3600 Arbeiter entlassen zu werden, und die meisten könnten in der Überzeugungszeit von fünf Monaten leicht andere Verwendung finden. An der Wichtigkeit dieser Meldung ist leider nicht zu zweifeln.